

## **Kleine Anfrage 3980**

**der Abgeordneten König (DIE LINKE)**

### **Kommunale Mandatsträger der extremen Rechten in Thüringen 2014 (2) - Rechtskräftige Verurteilungen**

Mit der Kommunalwahl am 25. Mai 2014 in Thüringen errangen auch Vertreterinnen und Vertreter extrem rechter Parteien kommunale Mandate. Im Vergleich zur Kommunalwahl 2009 (25 Mandate) erhielten nun NPD und das extrem rechte Wählerbündnis "Bündnis Zukunft Hildburghausen" mehr als doppelt so viele Mandate für Kreistage und Stadträte. Bereits 2009 befanden sich zahlreiche Protagonisten der gewaltbereiten Neonazi-Szene und aus Kameradschaften unter den Mandatsträgern. (In der Anfrage "Kommunale Mandatsträger der extremen Rechten in Thüringen 2014 (1)" wird nach der Einbindung der Mandatsträger in die Neonazi-Szene gefragt.)

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele der am 25. Mai 2014 gewählten kommunalen Mandatsträger in Thüringen stuft die Landesregierung wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer extrem rechten Partei oder Wählervereinigung als "rechtsextremistisch" ein?
2. Wie viele der am 25. Mai 2014 gewählten kommunalen Mandatsträger extrem rechter Parteien oder Wählervereinigungen sind nach Kenntnis der Landesregierung in wie vielen Fällen rechtskräftig verurteilt?
3. Wie viele der in der Antwort zu Frage 2 aufzuführenden rechtskräftigen Verurteilungen endeten jeweils mit Freiheitsstrafen, mit zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafen, mit Geldstrafen oder mit sonstigen Maßregeln?
4. Wie viele der in der Antwort zu Frage 2 aufzuführenden rechtskräftigen Verurteilungen gehen auf Straftaten zurück, die der politisch motivierten Kriminalität aus dem Phänomenbereich Rechts zuzurechnen waren (gemäß PMK-Statistik des Thüringer Innenministeriums)?
5. Welchen Deliktbereichen waren die den in der Antwort zu Frage 2 aufzuführenden Verurteilungen zugrunde liegenden Straftaten zuzuordnen (bitte nach einzelnen Straftatbeständen, Vorschriften des Strafgesetzbuchs und Anzahl aufschlüsseln)?

6. Wie bewertet die Landesregierung gegebenenfalls eine Häufung der rechtskräftigen Verurteilungen jener extrem rechten Mandatsträger auch hinsichtlich einer demokratischen Eignung als verantwortlicher Teil kommunaler Selbstverwaltung?

König